

Berlin

IT-Sicherheit braucht politischen Rückhalt

[28.10.2026] Die schwere Cyber-Attacke auf zwei Berliner Senatsverwaltungen hat Schwächen der Landes-IT offengelegt. Im Gespräch mit dem IT-Dienstleisterverband Vitako erläutert ITDZ-Chefin Maria Borelli, was die Aufarbeitung erschwert hat und wo sie politischen Handlungsbedarf sieht.

Im August 2026 gab es einen schwerwiegenden Cyber-Angriff auf die Berliner Landesverwaltung ([wir berichteten](#)). Dabei sind große Datenmengen abgeflossen, zu denen verschiedene Angaben kursieren. Die Beute könnte über 1,44 Millionen Dateien und 5,8 Terabyte umfassen, darunter auch sensible Daten. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) sprach von Personalaktenbestandteilen, Ausweiskopien, Gehaltsabrechnungen und Vertragsunterlagen. Auch Passwortlisten sollen erbeutet worden sein. Die Daten stammen vor allem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) und der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU). Die Täter, die Hackergruppe Rhysida, versuchen vom Berliner Senat ein Lösegeld in Höhe von 30 Bitcoin – damals etwa zwei Millionen Euro – zu erpressen. Der Senat lehnt eine Zahlung ab, nach dem Ablauf des Ultimatums werden ab dem 4. September umfangreiche Datenbestände im Darknet veröffentlicht.

Während der Ereignisse hatte die Berliner Senatsverwaltung ausgesprochen schmallippig kommuniziert. Näher an den Ereignissen waren Medien wie der Berliner Tagesspiegel und der rbb. Auch der zentrale IT-Dienstleister Berlins, das ITDZ – das zwar nicht die IT der betroffenen Behörden, wohl aber das Landesdatennetz verantwortet – hat sich bisher kaum öffentlich geäußert. Nun hat die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, [Vitako](#), ein [Gespräch mit der ITDZ-Chefin Maria Borelli](#) veröffentlicht. Darin schildert sie die Entdeckung des Angriffs und kritisiert gleichzeitig fehlendes Monitoring in denjenigen Berliner Behörden, die aufgrund fragmentierter Zuständigkeiten ihre IT selbst betreiben. An die künftige Landesregierung richtet Borelli klare Forderungen: Die IT müsse schneller standardisiert und zentralisiert werden, mit verbindlichen Sicherheitsstandards und eindeutig geregelten Zuständigkeiten. Auch bei der Finanzierung sieht sie die Politik in der Pflicht: Für Innovationen sei Geld vorhanden, für Wartung und Instandhaltung hingegen nicht. „Wir haben bei vielen Fachverfahren einen massiven Modernisierungsbedarf. Darauf weisen wir schon lange hin, aber uns sind die Hände gebunden.“

(sib)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Berlin, Cyber-Sicherheit, ITDZ